

Vorschlag für eine Kampagne zur Volksabstimmung und den Aufbau einer Partei der Zivilgesellschaft.

Der Versuch, eine Volksabstimmung zur geplanten EU-Verfassung in Österreich durchzusetzen, leidet in zwei Punkten an einer **strategischen Schwäche**.

Erstens hat die neoliberale Vorherrschaft in allen EU-Regierungen und in den österreichischen Parlamentsparteien offensichtlich beschlossen, die Ratifizierung unter allen Umständen durchzuziehen. Der österreichische Bundespräsident, der ÖGB und die meisten Medien gewähren diesem Unternehmen mit unterschiedlicher Taktik Flankenschutz. Volksbegehren, Volksbefragung und das bis jetzt unkoordinierte Zusammenwirken der Kronzeitung mit der Zivilgesellschaft laufen unter diesen Bedingungen auf eine **Schubladisierung** der Forderung nach Volksabstimmung hinaus.

Zweitens hebt die österreichische Regierung durch die Erstellung eines engen Zeitrahmens des Ratifizierungsprozesses die potentielle Stärke der Zivilgesellschaft, eine umfassende Mobilisierung von unten, aus.

Deshalb müssen sich die Befürworter einer Volksabstimmung genau überlegen, was sie mit dieser Kampagne erreichen wollen und können.

Ich mache der österreichischen(europäischen) Zivilgesellschaft den Vorschlag: führen wir **selbst eine Volksabstimmung durch und nutzen im Verbund damit die Zeit bis zur Wahl des neuen europäischen Parlamentes zur Gründung einer Partei der Zivilgesellschaft**.

Wir legen den **Wahlberechtigten**(Identifikation: Name, Adresse, **Passnummer**, Unterschrift) folgendes zur Unterschrift und **damit zur Entscheidung vor**: die österreichische Ratifizierung des EU-Vertrages ist ohne Durchführung einer Volksabstimmung aus grundlegenden demokratischen Gründen ungültig. Da der Zeitrahmen bis 2009 reicht, könnte die Mehrheit der Wahlberechtigten dem zustimmen. Das wäre **de facto** eine Volksabstimmung(wir legen das Ergebnis der EU und dem österreichischen Parlament vor) und hätte mehr Gewicht als jede noch so erfolgreiche Volksbefragung oder ein Volksbegehren.

Gleichzeitig sollten wir den ernsthaften Versuch unternehmen, eine **österreichische Partei(Wahlgemeinschaft) der Zivilgesellschaft** in dem Zeitrahmen zu gründen.

Die Entwicklungsgeschichte der EU-Verfassung hat wieder einmal gezeigt, dass in **strategisch entscheidenden Fragen alle österreichischen Parlamentsparteien neoliberal dominiert sind**. Die meisten sozialen und demokratischen Verbesserungen müssen unter den herrschenden Bedingungen **letztlich parlamentarisch durchgesetzt** werden. Wenn wir in den nächsten Jahren und Jahrzehnten nicht mit taktischen Nebenseiten(Beispiele: bedarfsorientierte Mindestsicherung, Pflegeversicherung, Erhöhung der Pensionen, europäische Volksbefragung usw.) hingehalten werden wollen,

während die strategischen Entscheidungen(Beispiele: Steuern, Ökologie, Demokratisierung) neoliberal entschieden werden- dann sollte die Gründung einer Partei des Volkes(der Zivilgesellschaft) in Angriff genommen werden. Unter **Einbindung** der NGOs kann in relativ kurzer Zeit in den Hauptfragen der Gesellschaft ein Programm **gegen** den Neoliberalismus erstellt werden. Es geht im Wesentlichen um Steuern(Umverteilung), Fragen der Ökologie, Demokratie und Friedenserhaltung. Verschiedene Gruppen (von Greenpeace bis Attac) und Personen haben da wertvolle Vorarbeit geleistet.

Es muss nicht um einen Zusammenschluss in einer Partei gehen, eine **Wahlgemeinschaft** gegen den Neoliberalismus mit gemeinsamen politischen **Eckpunkten** ist wahrscheinlich zielführender. Die NGOs können ihre Eigenständigkeit wahren, aber ihre Kenntnisse und organisatorischen Fähigkeiten einbringen. Nicht zuletzt eröffnet sich so eine europaweite Perspektive.

Wir könnten im neuen Jahr eine Debatte der politischen Strategie beginnen, die **unsere Volksabstimmung als Hebel** benutzt und eine **permanente** Auseinandersetzung bis zur Wahl des europäischen Parlamentes erzeugt. Schließlich eignet sich ja nichts besser um eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus zu führen, als eine fundierte Kritik an dessen grundsätzlicher Konstruktion, definiert durch die EU-Verfassung. Außerdem unterlaufen wir damit die Strategie der neoliberal dominierten Parteien, die Kritik an der EU-Verfassung in einem kleinem Zeitfenster auslaufen zu lassen.

Eines ist zu erwarten(denn so war es in der Vergangenheit): die neoliberal dominierten Parteien werden dann einen EU-Wahlkampf führen der vor Ideen nur so strotzt. Nur „leider“ werden sie keine Mehrheit finden: weder im EU-Parlament, noch im Ministerrat der EU, noch in der Kommission. Was sie sicher nicht tun werden, ist der Bevölkerung eine Strategie vorzuschlagen (und mit ihr umzusetzen) mit der die neoliberale Grundkonstruktion der EU aufgehoben wird. **Da sei die Verfassung davor!**

Genau das ist die Aufgabe der Zivilgesellschaft.

Um diese Aufgabe möglichst erfolgreich anzugehen, ist eher früher als später ein **organisierter Zusammenschluss der vielen Kritiker des Neoliberalismus im Rahmen des parlamentarischen Systems** erforderlich. Eine **Wahlgemeinschaft** kann ein entscheidender Schritt sein. Die Bewegung für eine Volksabstimmung ist sowohl **Gelegenheit** als auch ein **Rahmen**. Viele kritisieren aus vielerlei Sicht den Neoliberalismus und den heutigen Gang der Globalisierung. **Fassen wir sie zusammen!**

Hans Kohlmaier (www.umverteilung.at)

